

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 96 (2018)
Heft: 12

Artikel: Landesstreik : Zerreisprobe für die Schweiz
Autor: Mauzenberger, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1087818>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landesstreik

Zerreissprobe für die Schweiz

Vor hundert Jahren demonstrierte eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz für bessere Arbeitsbedingungen. Der dreitägige Landesstreik wirkt bis heute nach.

TEXT: MARTIN HAUZENBERGER

Ereignet sich seit hundert Jahren hervorragend als Schauplatz für ideologische Grabenkämpfe aller Art quer durch die Schweiz und durch ihre politischen Lager: der Landesstreik von November 1918. Zu seinem hundertsten Jahrestag sind die hitzigen Diskussionen wieder voll entbrannt, und die unterschiedlichen politischen Standpunkte führen zu entsprechend unterschiedlichen Darstellungen.

In einem Punkt allerdings herrscht Einigkeit: Die Situation der Schweiz im Herbst des letzten Kriegsjahres 1918 war schwierig bis katastrophal. Das Land war zwar von den eigentlichen Kämpfen verschont geblieben, aber die Not war gross. Ungezählte Familien mussten ohne ihren Ernährer leben, der im Aktivdienst an der Grenze stand. Versicherungen gab es keine, weder fürs Alter noch für Erwerbsausfall oder Invalidität. Bestenfalls etwas staatliche Nothilfe.

So gross wie die Not war auch die Wut. Die Arbeiter litten, während reiche Fabrikanten durch die boomende Kriegswirtschaft unglaubliche Gewinne einstrichen. Auf der anderen Seite hatte der Bundesrat bereits 1917 einen grossen Teil der Nahrungsmittel rationiert, und weite Teile der ärmeren Bevölkerung litten Hunger, vor allem die Arbeiterfamilien in den Städten, während die Bauern von der Notlage dank hohen Nahrungsmittelpreisen profitierten.

So kam es 1917 und 1918 zu zahlreichen Proteststreiks, und im Herbst 1918, gegen Ende des Weltkriegs, wurde die Lage immer angespannter. Das Elend wurde fast unerträglich durch die verheerende Spanische-Grippe-Epidemie, die sowohl die Armee als auch die Unterschicht hart traf und total 21 000 Todesopfer forderte. Das «Oltener

Aktionskomitee» mit Vertretern der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beschloss schliesslich einen landesweiten Generalstreik, um den freisinnig beherrschten Bundesrat (sechs der sieben Magistraten gehörten zur FDP, der siebte war katholisch-konservativ) zum Handeln zu zwingen.

Die Streikforderungen waren wenig revolutionär: Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden, Wahlen nach dem Proporzsystem (das kurz vor dem Landesstreik vom Volk in einer Abstimmung angenommen wurde), Frauenstimmrecht und AHV/IV waren die griffigsten davon. Die Regierung antwortete damit, dass neuralgische Punkte wie etwa die Städte Bern und Zürich von der Armee besetzt wurden. General Ulrich Wille liess dafür Truppen aus ländlichen Regionen aufbieten, um zu verhindern, dass sich die Soldaten mit den protestierenden Arbeitern verbrüdernd könnten. Warum der Kommandant des Einsatzes in Zürich, Divisionär Emil Sonderegger, seine Einheiten in der dicht bebauten und bewohnten Innenstadt sogar mit Handgranaten ausrüstete, ist bis heute ein Rätsel geblieben. Sonderegger machte dann in den 1930er-Jahren als

einer der aktivsten Nazi-freundlichen Frontisten wieder von sich reden.

Am 12. November begann der landesweite Generalstreik, an dem eine Viertelmillion Menschen teilnahm. Angesichts des massiven Militäraufgebots und aus Angst vor einem Bürgerkrieg brachen die Streikenden ihre Aktion bereits am 14. November wieder ab. Ein toter Soldat und drei erschossene Uhrenarbeiter in Grenchen waren die relativ glimpfliche Bilanz des Streiks.

Der Historiker Willi Gautschi zog in seinem 1968 erschienenen und soeben neu aufgelegten Standardwerk «Der Landesstreik 1918» das Fazit, «... dass die Ereignisse vom November 1918 vorwiegend bewirkt wurden durch die wirtschaftliche Bedrängnis, in die breite Schichten des Schweizervolkes durch die Kriegsverhältnisse geraten waren». Für die von bürgerlicher Seite immer wieder behauptete Einmischung der Sowjetmission in der Schweiz gibt es bis heute keine Beweise. Dass der Streikführer, der Berner Nationalrat Robert Grimm, und weitere Schweizer Sozialisten mit Lenin und anderen russischen Revolutionären während deren Exil in der Schweiz Kontakt gehabt hatte, war kein Geheimnis. Lenin bezeichnete



Auf dem Zürcher Paradeplatz stellt sich das Militär den Streikenden am 7. November 1918 entgegen.

© Keystone/Photopress-Archiv/STR

Grimm – wegen dessen eher gemässigter Haltung – allerdings als «Schuft». Darin war er sich mit den Schweizer Bürgerlichen durchaus einig.

1919 fanden die ersten Parlamentswahlen nach dem Proporzprinzip statt und zeigten, wie ungerecht das frühere System gewesen war: Hatten die Freisinnigen in den Wahlen von 1917 mit gut 40 Prozent der Stimmen noch 103 von 189 Sitzen geholt, so waren es jetzt mit 29 Prozent der Stimmen gerade noch 60 Sitze. Die Sozialdemokraten dagegen verloren zwar ebenfalls Wähleranteile (von gut 30 auf 23 Prozent), konnten aber ihre Sitze von 22 auf 41 beinahe verdoppeln. Der massive Wählerverlust der beiden Parteien hatte seine Ursache in den während der letzten Kriegsjahre neu gegründeten und vor allem in den Kantonen Bern und Zürich aktiven Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien, den Vorläufern der heutigen SVP, die auf Anhieb 15 Prozent der Wählerstimmen und 30 Sitze eroberten.

Andere Forderungen brauchten länger bis zu ihrer Realisierung: die AHV bis 1947 und das Frauenstimmrecht auf Bundesebene gar bis 1971. Die Schweiz ist wegen dieser Neuerungen, entgegen den bundesrätlichen Befürchtungen von 1918, nicht untergegangen. *